

# Zuflucht vor dem Krieg

## Abgeordnete debattieren über Aufnahme von Menschen aus der Ukraine

23. März 2022 – Seit Beginn des Krieges in der Ukraine fliehen immer mehr Menschen auch nach Nordrhein-Westfalen. Mit deren Aufnahme und Unterbringung befasste sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Sie war von der Fraktion der Grünen und der Fraktion der SPD beantragt worden.

Die Grünen kritisieren in ihrem Antrag (17/16830), dass noch viele rechtliche und finanzielle Fragen der Kommunen offen seien, und vermissen eine Gesamtstrategie. Die Städte und Gemeinden wiesen auf die Notwendigkeit hin, „dass das Land sowohl bei der Verteilung der Geflüchteten endlich ein Konzept vorlegt“ als auch bei der Registrierung unterstütze.

Auch die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/16831) mehr Unterstützung für die Kommunen: „Schon jetzt ist klar: NRW wird auch nach dem Königsteiner Schlüssel u. a. aufgrund seiner Größe den größten Teil der Geflüchteten, die in Deutschland bleiben werden, aufnehmen müssen. Dafür muss die Landesregierung jetzt die Voraussetzungen schaffen und Verantwortung übernehmen!“

**Berivan Aymaz** (Grüne) sagte, vordringliches Ziel sei, den Flüchtlingen aus der Ukraine den Schutz zu bieten, den sie benötigten. Sie forderte die Landesregierung auf, die Kommunen bei dieser „Mammutaufgabe“ zu unterstützen. Einige Städte und Gemeinden stießen bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Landesregierung müsse den Krisenstab aktivieren, um bei der Koordination zu helfen. Und die Kommunen bräuchten eine klare Finanzierungszusage, da sie jetzt bereits in finanzielle Vorleistung gingen. Bevor Minister Dr. Joachim Stamp (FDP) einen Plan auf internationaler Ebene fordere, müsse er zunächst einen Plan fürs Land haben.

**Christian Dahm** (SPD) kritisierte, dass die Landesregierung nur das Lied singe: „Berlin, Berlin, wir zeigen nach Berlin.“ Sie rufe „hilf-

los“ nach dem Bund, um von eigenen Problemen abzulenken. Dahm forderte konkret, die Landesregierung müsse 50.000 zusätzliche Plätze für die Unterbringung von Flüchtlingen schaffen, um die Kommunen zu entlasten. Zudem müsse es einen ressortübergreifenden Krisenstab geben, damit die Städte und Gemeinden Informationen aus einer Hand bekämen. An die Landesregierung gewandt, betonte er: „Handeln Sie, es wird Zeit.“

### „Keine Zeit verlieren“

Europa erlebe die „größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte **Heike Wermer** (CDU): „Wir stehen vor einer historischen Herausforderung, wir werden sie meistern, wenn wir an einem Strang ziehen.“ Erforderlich sei ein „strukturierter und nachhaltiger Austausch aller Ebenen“. Bund, Länder und Kommunen gehörten „an einen Tisch, um Abstimmungen herzustellen und Antworten zu erarbeiten“. Sie forderte eine schnelle Registrierung der Geflüchteten. Der Bund müsse tätig werden und Klarheit schaffen. Erst dann könne man den Betroffenen gezielt Hilfe anbieten. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, sagte Wermer.

Es sei zu befürchten, „dass 10 Millionen Menschen flüchten werden“, sagte **Christian Loose** (AfD). Nach Deutschland seien bislang mehr als 200.000 gekommen, nach Nordrhein-Westfalen geschätzt 35.000. „Genauere Zahlen liegen nicht vor“, sagte Loose. Effektive Hilfe funktioniere aber nur, „wenn die Helfer die Kontrolle haben“. In seiner Heimatstadt Bochum kämen „überwiegend Frauen und Kin-

der und nur wenige ältere Menschen“ an. Man gewähre ihnen gerne Schutz, werde aber vor große Herausforderungen gestellt. Erforderlich seien eine „optimierte Steuerung, Kontrolle und Verteilung der Flüchtlinge“.

**Stefan Lenzen** (FDP) sagte, die Koalition aus CDU und FDP lasse „die Kommunen nicht im Stich“. Das Land unterstütze sie auch finanziell – etwa bei der Bereitstellung von Wohnraum sowie der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen. Im Jahr 2015 und 2016 hätten Kommunen lange auf Hilfe vom Land gewartet. Erst mit dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017 habe die schwarz-gelbe Landesregierung gehandelt und etwa das Flüchtlingsaufnahmegesetz reformiert, durch das Kommunen mehr Geld erhielten. Dank der Einführung eines Asylstufenplans würden Kommunen bei der Zuweisung von Flüchtlingen entlastet.

„Wir erleben eine Jahrhundertkatastrophe“, sagte Flüchtlings- und Integrationsminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Um Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen zu können, müssten internationale Verabredungen getroffen und ein nationaler Flüchtlingsgipfel einberufen werden. In seinem Ministerium habe er den Stab „Außergewöhnliches Ereignis Flucht Ukraine“ eingerichtet, der den „Charakter eines operativen Krisenstabes“ habe, sagte Stamp. Die Landesregierung werde Kommunen weiterhin u. a. mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterstützen, Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen erhöhen und Hilfsangebote ausweiten. *wib, zab, tob*



Fotos: Schälte

Berivan Aymaz (Grüne)

Christian Dahm (SPD)

Heike Wermer (CDU)

Christian Loose (AfD)

Stefan Lenzen (FDP)

Minister Dr. Joachim Stamp (FDP)